

## DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM SÜDPAZIFIK

Helmut Reim\*

Der pazifische Raum ist mit seinen 10.000 Inseln, auf denen nur rund 5 Millionen Menschen leben und die über eine Wasserfläche von rund 30 Millionen Quadratkilometern verstreut sind, von Europa aus gesehen ein ziemlich unbekannter Erdteil. Das durchschnittliche Interesse an ihm ist daher bis heute gering geblieben. Eine wegen der großen Entfernung mangelnde Kenntnis des Raumes verbindet sich vielfach mit romantischen Vorstellungen von der Südsee, die von der Tourismuswerbung genährt werden, oder von einer endlosen "Wasserwüste", die immerhin 1/3 der Erdoberfläche umfaßt und in der hier und da einige kleine und kleinste Inselchen vorkommen.

Dennoch ist die Reihe derer, die sich von diesen Attributen unwiderstehlich angezogen fühlen und die auszogen, um das Südmeer zu entdecken, lang. Und sie wächst im Zeichen einer modernen Kommunikation.

Unsere Beziehungen zum Pazifik sind sehr viel jünger als vergleichsweise die von z.B. Spanien und England. Das Deutsche Reich beteiligte sich erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts an der Aufteilung des Pazifik durch die damaligen Groß- und Mittelmächte in Macht- und Interessengebiete:

- Am 01.11.1876 schlossen der deutsche Kaiser Wilhelm I. und der tonganische König Tupou I. einen Freundschaftsvertrag auf den Grundlagen von Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung.

Die zunächst geübte Zurückhaltung wurde später jedoch aufgegeben:

- 1884 wurden Teile des heutigen Papua-Neuguinea annektiert.

---

\* Die in diesem Artikel geäußerten Meinungen geben ausschließlich die persönlichen Auffassungen des Autors wieder (die Redaktion).

- 1899 wurden Karolinen und Marschall-Inseln von Spanien erworben; West-Samoa und Nauru wurden deutsche Kolonien.

Nach der Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg wurden die genannten Gebiete - mit Ausnahme Tongas, das selbständig geblieben war - unter das Mandat des Völkerbundes gestellt und in die Kontrolle der traditionellen Pazifikmächte zurückgeführt.

Wir erkennen in diesen Geschehnissen eine im ganzen für die heutigen bilateralen Beziehungen nicht unbedeutende Entwicklung. Möglicherweise hat die Kürze des deutschen Einflusses im Südpazifik zu dem heutigen positiven Bild beigetragen, das die dort lebenden Menschen mit Deutschland verbindet. Insbesondere in Tonga, West-Samoa und Papua-Neuguinea erinnern noch heute Namen und Ortsbezeichnungen an die vergangene deutsche Präsenz. Der jetzige König von Tonga besitzt z.B. detaillierte Kenntnisse über die Geschichte des Deutschen Reiches.

In jüngerer Vergangenheit müssen vor allem Abkommen von Lomé I (01.04.1976) und Lomé II (31.10.1979) angeführt werden, durch die die genannten Inselstaaten erstmals in vertragliche Beziehungen zur EG getreten sind. Mit diesem Beitritt haben die Beziehungen der Inselstaaten zu den EG-Ländern eine neue Qualität erhalten, die sich auf den gesamten pazifischen Raum auswirkt.

Die Lomé-Verträge verschafften den pazifischen Staaten und Territorien für ihre überwiegend landwirtschaftlichen Produkte den dringend benötigten Zugang zum europäischen Markt. Im Rahmen der Lomé-Konventionen werden ihnen außerdem die Stabilisierung der Exporterlöse, Handelsförderung sowie finanzielle und technische Hilfe geboten.

Auch Australien und Neuseeland sind über den Beitritt Großbritanniens zur EG von dieser Entwicklung nicht unberührt geblieben, die sich insbesondere in einer Intensivierung der Handelsbeziehungen niederschlägt. Das wird besonders durch den letzten Besuch des neuseeländischen Premiers Muldoon in Bonn am 22./24. Juni 1981 verdeutlicht.

Das zunehmende politische und wirtschaftliche Interesse an dieser bis vor kurzem vom Weltgeschehen weitgehend abgeschnittenen Region ist an vielfältigen politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten ablesbar, für die nur einige Beispiele gegeben werden sollen: die Sowjetunion bemüht sich um den Bau eines Tiefwasserhafens und eines internationa-



len Flugplatzes auf Tonga, die USA, Kanada und die Bundesrepublik Deutschland haben ozeanographische Forschungsmissionen entsandt, Fischerei - insbesondere Wal- und Thunfischfang - wird in großem Stile von Japan, den USA und der Sowjetunion ausgeübt. Im Zeitalter der auf 200 Seemeilen erweiterten Wirtschaftszonen sind die Inselstaaten zu interessanten Partnern geworden.

Aus dieser Situation folgte fast zwangsläufig, daß auch die Bundesregierung, die sich im Rahmen der EG für eine Politik der partnerschaftlichen Zusammenarbeit engagiert, die Entwicklungsländer der pazifischen Region in ihre Hilfsprogramme einbezog.

Tonga, West-Samoa, Papua-Neuguinea und Fidschi erfüllen außerdem die Kriterien als Entwicklungsländer und sind von den VN als solche anerkannt. West-Samoa ist darüber hinaus von den VN als ein "am wenigsten entwickeltes Land" (LLDC) in die Liste dieser Länder aufgenommen worden. Für Tonga, dessen Entwicklungsstand mit West-Samoa vergleichbar ist, konnte das VN-Anerkennungsverfahren als LLDC noch nicht abgeschlossen werden.

Die Geschichte der jüngsten außen- und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den Inselstaaten beginnt in den 70er Jahren. Nach ihrer völkerrechtlichen Anerkennung wurden die diplomatischen Beziehungen aufgenommen, und zwar 1972 mit Papua-Neuguinea und West-Samoa, 1975 mit Fidschi und 1976 mit Tonga. Ein Jahr später folgte die Erneuerung des schon erwähnten Freundschaftsvertrages mit Tonga, der am 01.06.1977 als "Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit" in Bonn unterzeichnet wurde. Es folgte der Abschluß des jeweiligen Rahmenabkommens für Technische Zusammenarbeit mit Tonga am 01.06.1977, mit West-Samoa am 08.12.1978 und mit Papua-Neuguinea am 27.04.1981. Mit Fidschi ist es bisher nicht zu einer Zusammenarbeit über kulturelle Aktivitäten des Auswärtigen Amtes und privater Träger hinaus gekommen.

#### West-Samoa

Leistungen (Stand 31.12.1981) im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe: 32 Mio. DM.

Das erste bundesdeutsche Projekt im Pazifik überhaupt bestand in der Weiterführung von Maßnahmen der FAO zur Bekämpfung des Nashornkäfers. Dabei handelt es sich um einen Schädling, der die Kokosnußpalmen befällt und ver-

nichtet. Die verursachten Schäden an Plantagen und Subsistenz-Kulturen waren erheblich und hatten bereits zu einem fühlbaren Rückgang der Erzeugung von Kopra als Hauptexportprodukt des Landes und zu einer eingeschränkten Versorgung des lokalen Marktes geführt.

Durch den gezielten Einsatz spezieller Bekämpfungsmethoden ist es schrittweise gelungen, die durch den Käfer verursachten Schäden auf ein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vertretbares Maß zu reduzieren.

Die Nashornkäferbekämpfung wurde ab 1980 in das Vorhaben "Integrierter Pflanzen- und Ernteschutz" eingegliedert und intensiviert. Dieses Projekt dient dem Aufbau eines Programms zur Entwicklung und Einführung von Methoden zur Bekämpfung der wichtigsten pflanzlichen und tierischen Schadorganismen. Angesichts der besonders empfindlichen Ökologie auf den kleinen Inseln wird dabei weitgehend auf den Einsatz chemischer Mittel zugunsten biologischer Methoden (z.B. Bekämpfung der Schädlinge durch natürliche Feinde) verzichtet.

Ein weiteres Projekt ist die Errichtung eines landwirtschaftlichen Mehrzweckgebäudes in Salelologa auf der Insel Savaii. Damit verbunden soll auf der Insel gleichzeitig auch ein landwirtschaftlicher Beratungsdienst aufgebaut werden. Das Gebäude wird die Zentrale des landwirtschaftlichen Beratungsdienstes beherbergen und von verschiedenen bereits bestehenden oder im Aufbau befindlichen Trägern, die für An- und Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten wie z.B. Kopra, Kakao und Bananen sowie die Verteilung landwirtschaftlicher Produktionsmittel zuständig sind, genutzt werden. Ferner ist dort eine Einrichtung vorgesehen, die landwirtschaftliche Kleinkredite an die Bauern auf Savaii vergeben soll.

Dieses Vorhaben ist Ende 1981 an West-Samoa übergeben worden.

Die dargestellten Vorhaben sollen in erster Linie der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch Anwendung und Vermittlung moderner Anbau- und Lagerungsmethoden dienen. Es wird erwartet, daß sich die Qualität der Erzeugnisse und damit deren Exportchancen sowie über die Preise auch die Einkommen der Bauern verbessern. Höhere Erträge würden zudem zu einer Produktdiversifizierung, zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und zur Entspannung einer Gesamtsituation beitragen, die durch eine erhebliche Bodenknappheit bei relativ großem Bevölkerungsdruck ge-



kennzeichnet ist. Der Bau des landwirtschaftlichen Mehrzweckgebäudes und der Aufbau des Beratungsdienstes auf Savaii sollen einen Beitrag zur Entwicklung eines relativ benachteiligten Landesteiles leisten.

Bezüglich der umrissenen Vorhaben bestehen Absprachen mit

- Australien, das sich insbesondere im landwirtschaftlichen Beratungsdienst engagiert;
- Neuseeland, das landwirtschaftliche Produktionsmittel unentgeltlich liefert;
- der Asiatischen Entwicklungsbank (AEB), die ein umfangreiches Programm zur Rehabilitierung von Kokospalmenplantagen durchführt, die Errichtung einer Kokosnußmühle und ein landwirtschaftliches Kleinkreditprogramm finanziert.

Für den Absatz landwirtschaftlicher Produkte ist jedoch nicht nur ihre Qualität, sondern auch der Marktzugang von entscheidender Bedeutung. Das gilt für Länder wie West-Samoa und Tonga, die weit entfernt von devisa-bringenden Märkten über keine weiteren exportfähigen Produkte - insbesondere Rohstoffe - verfügen, um so mehr, als sie auf die Exporterlöse dringend zum Ausgleich ihrer ohnehin chronisch defizitären Zahlungsbilanz angewiesen sind.

Die Durchbrechung der Isolierung dieser "sea-locked countries", ihre Anbindung an die nächstgelegenen Exportmärkte in Neuseeland und Australien läßt sich aber nur über eine regelmäßige und zuverlässige Seeverkehrsverbindung bewerkstelligen. Die Bundesregierung hat daher 1980 den Bau eines Mehrzweckfrachtschiffs (4.500 tdw.) auf einer deutschen Werft finanziert. Für das Schiff ist im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit ein Zuschuß von 13 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden. Weitere 7,6 Millionen DM wurden als Finanzkredit gewährt. Das Schiff stellt den Beitrag West-Samoas an die Pacific Forum Line (PFL) dar, eine von elf Südpazifikstaaten gebildete regionale Schiffahrtsgesellschaft. Die PFL kann als die erste konkrete Ausgestaltung regionaler Integrationsbemühungen in diesem Raum angesehen werden.

Die Rechtsbeziehungen zwischen der Regierung von West-Samoa als Schiffseignerin und der PFL regelt ein Chartervertrag. Der Schiffsbetrieb wird von einer Managementgesellschaft, der Samoa Shipping Services Ltd. (SSS), sichergestellt, die als Joint venture auf der Basis eines Beteiligungsverhältnisses von 50:50 durch West-Samoa und die Hamburg-Süd/Columbus Line gegründet worden ist.

Da gleichzeitig festgestellt wurde, daß die für den zukünftigen Schiffsbetrieb erforderlichen ausgebildeten einheimischen Seeleute fehlen, wurde eine Seefahrtsschule in Apia eingerichtet. In ihr werden Seeleute der Mannschaftsdienstgrade nach internationalem Standard für die Bereiche Deck, Maschine und Bedienung ausgebildet. Die theoretischen Kurse in der Schule werden jeweils durch Kurse an Bord eines Ausbildungsschiffes ergänzt. Die rund 20 Teilnehmer des ersten Ausbildungsganges werden voraussichtlich Anfang 1984 ihre Patente in Empfang nehmen können.

Wegen des Mangels an west-samoanischen Seeleuten muß für eine Übergangszeit von ca. drei Jahren eine überwiegend deutsche Mannschaft auf dem Frachtschiff Dienst tun. Für den Schiffsbetrieb folgen daraus höhere Personalkosten, da der deutsche Heuertarif höher ist als der im Südpazifik. Auf Antrag der Regierung West-Samoas hat die Bundesregierung sich zu einer Übernahme dieser Mehrkosten für drei Jahre bereit erklärt.

#### Tonga

Leistungen (Stand 31.12.1981) der staatlichen Entwicklungshilfe: 37 Mio. DM.

Wegen der mit West-Samoa vergleichbaren Situation in Tonga werden hier durch die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) und Technische Zusammenarbeit (TZ) in beiden Ländern ähnliche Maßnahmen durchgeführt. Das betrifft insbesondere die Einrichtung eines integrierten Pflanzenschutzdienstes und die Vorhaben auf dem Schifffahrtssektor.

Da Tonga noch nicht formal als LLDC anerkannt ist, konnte es nicht wie West-Samoa einen Zuschuß zur Finanzierung des Schwesterfrachtschiffes erhalten. Die Gleichbehandlung aus entwicklungspolitischer Sicht wird jedoch durch einen höheren FZ-Kredit von 17 Mio. DM zu weichen Konditionen wiederhergestellt, der durch einen Finanzkredit von 3,3 Mio. DM aufgestockt worden ist. Tonga hat sein Schiff ebenfalls in die PFL eingebracht und sich dabei der schon erwähnten rechtlichen und organisatorischen Muster bedient. Das Beteiligungsverhältnis der Regierung von Tonga und der Hamburg-Süd/Columbus Line an der tonganischen Managementgesellschaft, der Shipping Cooperation of Polynesia (SCP), beträgt 60:40.

Darüber hinaus ist Tonga ein FZ-Kredit in Höhe von 7,25 Millionen DM zu ebenfalls weichen Konditionen für die Lieferung eines Fährschiffes zugesagt worden. Das Fährschiff



wird gleichfalls auf einer deutschen Werft gebaut und eignet sich für Operationen in küstennahen Gewässern. Es wird in Kürze eine regelmäßige Verkehrsverbindung zwischen den Inseln des Königreichs Tonga aufnehmen und dabei auch solche Inseln bedienen, die über keine ausgebauten Anlegemöglichkeiten verfügen.

Im Unterschied zu West-Samoa hat Tonga einen kleinen Bestand ausgebildeter Seeleute, teilweise auch mit Offizierspatent, so daß der Ausbildungsbedarf unterschiedlich zu beurteilen ist. Diese Auffassung wird auch von Tonga selbst vertreten. Auf tonganischen Wunsch wird daher noch im Laufe dieses Jahres geprüft werden, ob an der Seefahrtsschule in Nuku'alofa zusätzlich zur Mannschaftsausbildung ein Ausbildungsgang für Schiffsoffiziere eingerichtet werden soll.

An der Aufgabe, die allgemeinen Transportverhältnisse in und um Tonga fühlbar zu verbessern, beteiligen sich auch Australien durch den weiteren Ausbau des bereits vorhandenen Hafens, und Neuseeland, das bereits eine komplette Werkstattausrüstung für einen zukünftigen Schiffwartungs- und Instandhaltungsdienst bereitgestellt hat.

### Papua-Neuguinea

Leistungen (Stand 31.12.1981) der staatlichen Entwicklungshilfe: 44 Mio. DM.

Papua-Neuguinea wurden bisher FZ in Höhe von 30 Mio. DM zugesagt. Jeweils 10 Mio. DM entfallen auf Infrastrukturmaßnahmen auf der Insel New Britain, die Errichtung eines Wasserkraftwerks und den Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen in verschiedenen Städten des Landes.

Auf New Britain ist der Bau einer Erschließungsstrecke in Verbindung mit einem ländlichen Produktionsvorhaben geplant, in dem Kleinbauern Ölpalmen anbauen und an der weiteren Verarbeitung der Früchte beteiligt werden sollen. Der Absatz der Produkte wird über die Ölmühle gesteuert, an der sich die deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) beteiligt hat.

Der Bau des Wasserkraftwerkes (Rouna IV), das unter anderem auch die zukünftige Versorgung der Hauptstadt Port Moresby mit elektrischer Energie sicherstellen sollte, kann wahrscheinlich nicht in absehbarer Zeit realisiert werden. Bei der Ausführungsplanung hat sich ergeben, daß wichtige hydrologische Daten ergänzungs- bzw. korrekturbedürftig

sind. Ein Ersatzprojekt ist von Papua-Neuguinea bisher nicht vorgeschlagen worden.

Die Trinkwasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungssysteme in Port Moresby und anderen fünf ländlichen Wachstumszentren entsprechen in keiner Weise den Anforderungen, die an moderne Versorgungs- und Entsorgungsanlagen zu stellen sind. Wasserinduzierte Krankheiten wie Cholera, Typhus, Magen-, Darm- und Hauterkrankungen sind daher weit verbreitet und führen zu häufigen Todesfällen. Das FZ-Projekt umfaßt in einer 1. Phase die Sanierung der Systeme sowie flankierende Maßnahmen im Bereich der kommunalen Betriebe, der Aus- und Fortbildung des erforderlichen Personals und Kampagnen zur Aufklärung der Öffentlichkeit in mehreren der genannten papua-neuguineischen Städte.

Daneben ist für Papua-Neuguinea ein Fonds eingerichtet worden, aus dem Studien finanziert und Fachkräfte bei kurzzeitigen Einsätzen (bis zu maximal zwölf Monaten) bezahlt werden können. Eine entsprechende Vereinbarung liegt der Regierung von Papua-Neuguinea bereits vor. Mit dem Abschluß kann in allernächster Zeit gerechnet werden, nachdem das Rahmenabkommen für Technische Zusammenarbeit nach einer Prüfungszeit von ca. drei Jahren am 27.04.81 endlich in Port Moresby unterzeichnet werden konnte und damit die Voraussetzungen für die weitere bilaterale Zusammenarbeit gegeben sind.

#### Weitere Inselstaaten

Die Bundesregierung hat versucht, den durch die deutschen Hilfsmaßnahmen in Tonga, West-Samoa und Papua-Neuguinea bei den übrigen Inselstaaten des Südpazifik geweckten Hoffnungen und Erwartungen auf ein ebenso großzügiges Engagement entgegenzuwirken. Dennoch konnten Enttäuschungen nicht ausbleiben. Mittlerweile hat sich eine eher realistische Einschätzung der deutschen Möglichkeiten durchgesetzt, zumal auf die bedeutenden Leistungen durch die EG hingewiesen werden kann, die zu einem erheblichen Teil von der Bundesregierung mitfinanziert werden.

Im übrigen hat die Bundesregierung die anderen Inselstaaten nicht vergessen. Die gezielte Förderung kleinerer Projekte ist durchaus möglich. Für diesen Zweck ist das Instrument der "Kleinstmaßnahme" erdacht worden. Unter dieser Bezeichnung können kurzfristig lokal abwickelbare Maßnahmen ganz oder teilweise finanziert werden, die einen Gegenwert von 5.000 DM je Projekt bis zu einem Höchstbe-



trag von 40.000 DM pro Land nicht übersteigen. Es handelt sich bei diesen Kleinstmaßnahmen überwiegend um Sachbeschaffung zur Förderung gemeinnütziger Einrichtungen. Die Heraufsetzung der Höchstbeträge wird z.Z. zwischen den beteiligten Bonner Ministerien diskutiert.

Derartige Kleinstmaßnahmen können von der zuständigen Botschaft im Einvernehmen mit den jeweiligen Regierungen in folgenden Gebieten durchgeführt werden: Cook-Inseln, Fidschi, Papua-Neuguinea, Salomon-Inseln, Tonga, West-Samoa, Vanuatu, Kiribati und Tuvalu. Die überwiegende Anzahl der Kleinstmaßnahmen umfaßt Projekte im Bereich der ländlichen und dörflichen Entwicklung sowie die Finanzierung von Projektoren, die im Rahmen der Bildungsarbeit eingesetzt werden können. Sie konzentrieren sich auf West-Samoa, Papua-Neuguinea und Tonga.

### Regionalorganisationen

Im Rahmen der TZ wurde mit der "Universität für den Südpazifik" mit Sitz in Suva (Fidschi) eine Vereinbarung getroffen, die den Auf- und Ausbau der landwirtschaftlichen Fakultät in Apia (West-Samoa) durch einen Gastdozenten (Wissenschaftler auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes) zum Inhalt hat. Bei diesem Projekt handelt es sich um eine flankierende Maßnahme zu den Pflanzenschutzvorhaben auf West-Samoa und Tonga.

Durch die Entsendung des Dozenten, der in enger fachlicher Zusammenarbeit mit den auf den Feldern und bei den Bauern tätigen Pflanzenschutzexperten die wissenschaftliche Seite abdecken und das dazu notwendige Feed back liefern soll, wird die hochschulmäßige Ausbildung von Studenten aus allen pazifischen Staaten betrieben. Damit verbunden ist die Aus- und Fortbildung einheimischen Personals für die nationalen Pflanzenschutzdienste in West-Samoa und Tonga. Für diesen Zweck sind bisher 2,3 Millionen DM bewilligt worden.

### Weitere Aktivitäten

Neben den aufgezeichneten Maßnahmen der staatlichen finanziellen und Technischen Zusammenarbeit sind vielfach private Träger und auch kirchliche Organisationen im Südpazifik engagiert. Die Tätigkeit dieser Organisationen liegt überwiegend in den Bereichen der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gesundheitsvor- und -fürsorge.

Hervorzuheben sind die Aktivitäten der Deutschen Entwick-

lungsgesellschaft (DEG) und des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED). Die DEG hat sich mit 3,45 Millionen DM am Aufbau einer Brauerei für Bier und alkoholfreie Getränke beteiligt. Das privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen arbeitet erfolgreich und kann seine Produkte auch auf den benachbarten Inseln absetzen.

Weitere DEG-Projekte in Papua-Neuguinea sind der Anbau von Ölpalmen und die Gewinnung von Palmöl, in die insgesamt 16,3 Millionen DM in Form von beteiligungsähnlichen Darlehen investiert worden sind. An einem dieser Ölpalmenprojekte ist auch die Europäische Investitionsbank beteiligt, die mit 21 Millionen DM eine Ölmühle finanziert hat.

Der DED hat sein Programm bisher auf Papua-Neuguinea beschränkt. Im Februar 1981 waren insgesamt 27 Mitarbeiter entsandt. Sie sind durchweg im Rahmen technisch-handwerklicher Ausbildungsprogramme eingesetzt.

Mit der Einbeziehung des Südpazifiks in die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland sind Deutsche nach mehr als zwei Generationen in ein Gebiet zurückgekehrt, wo ihnen aufgrund lebhafter positiver Erinnerungen und aktiver verwandtschaftlicher Beziehungen zu Deutschland viel Good will entgegengebracht wird.

Das Engagement ist im einzelnen dargestellt worden. Damit sind bereits auch die Grenzen angedeutet. Das Prinzip, das die Bundesregierung in diesem Teil der Welt kontinuierlich verfolgt, heißt enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den traditionellen Mächten Australien und Neuseeland und darüber hinaus mit den multilateralen Gebern wie EG und AEB. Die Antworten auf die vielen für die Entwicklung der Länder lebenswichtigen Fragen können nur in fortgesetzten und gemeinsamen Bemühungen aller Geber um Problemlösungen gefunden und realisiert werden.

In diesem Zusammenhang kann es auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Bundesregierung nicht beabsichtigt, den Südpazifik zu einem Schwerpunkt ihrer entwicklungspolitischen Arbeit zu machen. Daher wird für die nächsten Jahre angestrebt, die begonnenen Vorhaben zu konsolidieren und zu einem nachhaltigen Erfolg zu bringen. Neue Vorhaben der FZ und TZ werden lediglich mit Papua-Neuguinea vereinbart werden können, nachdem die bisherige Behinderung durch die Unterzeichnung des Rahmenabkommens für Technische Zusammenarbeit ausgeräumt worden ist.

Über den intensivierten Einsatz des Instruments "Kleinmaßnahmen" hinaus ist jedoch eine wesentliche Ausweitung



der deutschen Hilfsmaßnahmen für die Inselstaaten des Pazifik nicht zu erwarten. Diese Einschränkung gilt grundsätzlich auch für ein deutsches Engagement bei regionalen Institutionen. An dieser Stelle ist jedoch nochmals auf das wachsende Programm der EG für den Pazifik hinzuweisen, das mit einem steigenden Anteil aus dem Bundeshaushalt finanziert wird.